

Ursachen und gesellschaftliche Folgen der demographischen Alterung in Deutschland

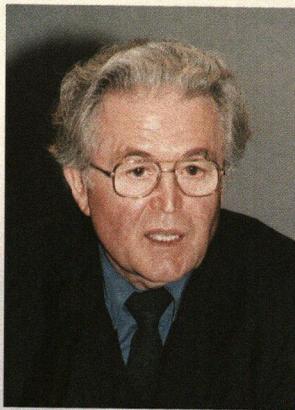
Prof. Dr. Herwig Birg, Bielefeld

Die Alterung der Gesellschaft ist keine Option, die sich durch gesellschaftliches und politisches Handeln gestalten lässt. Sie wird ablaufen wie ein Uhrwerk. Auf Generationen unumkehrbar. Das machte Professor Dr. Herwig Birg deutlich. Birg ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld. Der Experte für Bevölkerungstheorie, Bevölkerungsprognosemodelle und Weltbevölkerungsprojektionen berät unter anderem die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen und das Bundesverfassungsgericht.

Jungen und Mädchen, die im Jahr 1900 in Deutschland geboren wurden, hatten eine durchschnittliche Lebenserwartung von 42 beziehungsweise 46 Jahren. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts nahm die Lebenserwartung um 75 Prozent zu. Für Jungen wuchs sie auf 74, für Mädchen auf 80,3 Jahre. Demographen haben für die Zeit bis 2080 eine abgeschwächte Zunahme für Männer auf 79 bis 83 beziehungsweise für Frauen auf 85 bis 89 Jahre vorausberechnet. Das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung wird nicht nur durch die Zunahme der Lebenserwartung, sondern mehr noch durch die Abnahme der Zahl der Jüngeren bewirkt. Denn die demographische Alterung der Gesellschaft erhöht nicht nur das Lebensalter des Einzelnen, sondern auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Auf Grund dessen wird die Funktionsfähigkeit des sozialen Sicherungssystems – der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – in Zukunft stark beeinträchtigt werden. Dabei würde gerade die steigen-

de Lebenserwartung ein besonders leistungsfähiges soziales Sicherungssystem erfordern.

Mitmenschliche Solidarität ist als Prinzip der Sozialpolitik ein Wert an sich. In der Realität der sozialen Marktwirtschaft stehen allerdings die Bedürfnisse der Menschen und Familien nach stabilen Lebensbedingungen im Gegensatz zu den marktwirtschaftlichen Erwartungen an die Flexibilität und Mobilität der Individuen. Die Rolle der Familien ist aus wirtschaftlicher Sicht darauf reduziert, als „Produktionsfaktor Arbeit“ das Angebot an Arbeitsleistung auf dem Arbeitsmarkt zu garantieren. Bei Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften führt der Anpassungsdruck an die Zwänge des Arbeitsmarktes nicht nur zum Aufschieben von Kinderwünschen, sondern auch zur bewussten Entscheidung für eine lebenslange Kinderlosigkeit.



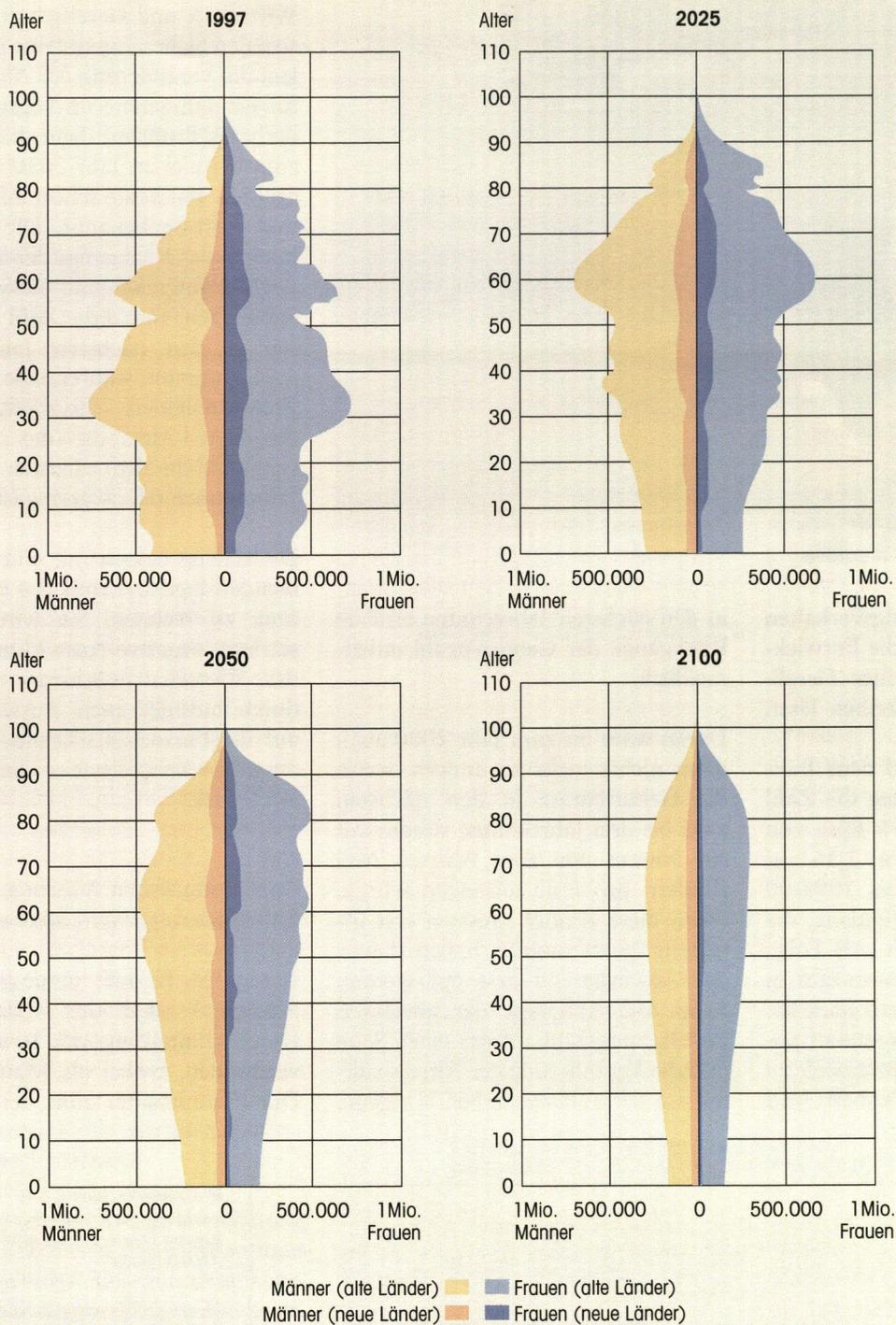
■ Prof. Dr. Herwig Birg:

„Das soziale Sicherungssystem hat fast ein Jahrhundert lang so gut funktioniert, dass in Deutschland schließlich niemand mehr eigene Kinder haben musste, um im Alter und bei Krankheit abgesichert zu sein.“

Demographische Entwicklung und soziale Sicherung

Internationale Vergleiche zeigen, dass der Zusammenhang zwischen der Kinderzahl pro Frau und dem Entwicklungsstand eines Landes, gemessen durch die Lebenserwartung, gegenläufig ist. Je älter eine Gesellschaft ist, desto höher sind die Pro-Kopf-Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme beziehungsweise die Anteile der für die Preiskalkulation wichtigen Lohnnebenkosten an den Lohnstückkosten insgesamt. Damit verschlechtert sich auch die demographisch bedingte Position einer Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb.

Auf den nationalen Arbeitsmärkten wirkt sich der Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften um einen günstigen Rangplatz in hohen Investitionen der Arbeitskräfte in die berufliche Qualifikation aus, so dass das durchschnittliche Niveau der Reallohne permanent steigt. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass die Einkommen, die einer Frau entgehen, wenn sie zugunsten der Erziehung von Kindern auf Erwerbsarbeit verzichtet, im gleichen Maße steigen wie die Realeinkommen. Deshalb ist im weltweiten Vergleich die Geburtenzahl pro Frau in jenen Ländern am niedrigsten, in denen die Pro-Kopf-Einkommen am höchsten sind. Ich habe diesen Sachverhalt als „demo-ökonomisches Paradoxon“ bezeichnet. Die demographische Konsequenz dieses Paradoxons ist, dass die niedrige Geburtenrate in den hochentwickelten Ländern zu einer inversen Altersstruktur geführt hat. Dabei sind nicht mehr wie bei einer klassischen Alterspyramide die jungen Altersgruppen am stärksten besetzt, sondern die mittleren Altersgruppen beziehungsweise in Zukunft die der über 70-jährigen.



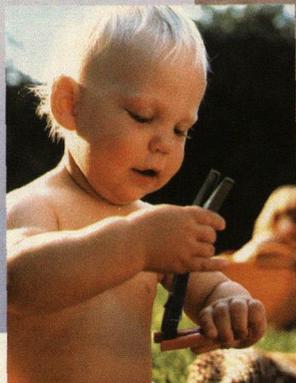
■ Voraussichtliche Entwicklung der Altersstruktur in Deutschland. Im Jahr 2050 wird jeder zweite Mann in Deutschland älter als 51, jede zweite Frau älter als 55 Jahre sein.

Das soziale Sicherungssystem hat fast ein Jahrhundert lang so gut funktioniert, dass in Deutschland schließlich niemand mehr eigene Kinder haben musste, um im Alter und bei Krankheit abgesichert zu sein. Die moderne Sozialversicherung ist zwar nicht der

einzigste Grund für die Abnahme der Geburtenrate, aber sie ist einer der entscheidenden Faktoren, die die ungestörte Funktionsweise des demökonomischen Paradoxons mit seinen Folgen für die Abnahme der Geburtenrate garantierte.

Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert

Die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau (Total Fertility Rate) ist ein aussagekräftiges Maß, mit dem sich so-



wohl das Fortpflanzungsverhalten der Individuen als auch die Entwicklung der Familien in einer Gesellschaft quantitativ beschreiben lässt.

In Deutschland (alte und neue Bundesländer zusammen) stieg die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau von 1950-55 bis 1960-65 von 2,16 auf 2,49, danach ging sie bis 1995-00 auf 1,30 zurück. Eine Tendenz, die für ganz Westeuropa gilt. Als Folge nahm die absolute Geburtenzahl in den letzten drei Jahrzehnten stark ab. Und auch die Zahl der späteren potentiellen Eltern hat so mittlerweile zu schrumpfen begonnen. Deshalb sind

in den nächsten Jahrzehnten erneute Rückgänge der Geburtenzahl unvermeidlich.

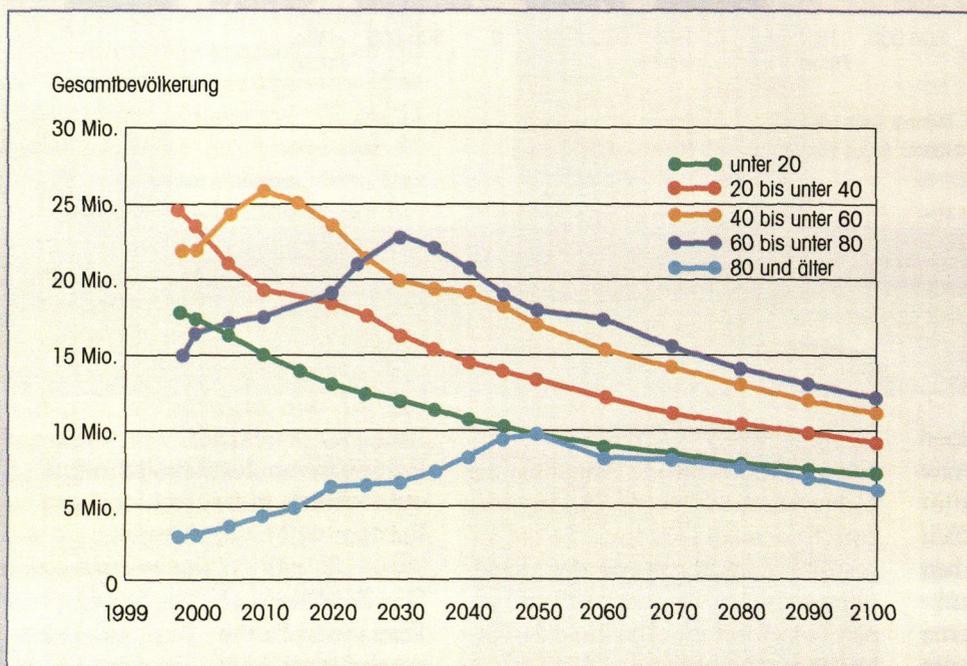
Daran wäre bis zum Jahr 2080 auch dann nichts mehr zu ändern, wenn die Geburtenrate in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten wieder auf ein Niveau von zum Beispiel zwei Kindern pro Frau ansteigen würde. Denn diese Kinder müssten erst ihrerseits Nachkommen haben, bevor der Abwärtstrend gestoppt werden kann. Die Abnahme der absoluten Bevölkerungszahl auf der einen Seite und die Veränderung der Altersstruktur auf der anderen haben je eigene,

unterschiedliche Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Für die sozialen Sicherungssysteme ist vor allem die Veränderung der Altersstruktur ein Jahrzehnte im voraus kalkulierbares Problem, denn die Rentner zum Beispiel im Jahr 2030 sind zum größten Teil heute schon mit Namen und Adresse bekannt. Die Auswirkungen des Rückgangs der absoluten Bevölkerungszahl sind schwerer einzuschätzen, zumal die Zahl der Älteren in den nächsten Jahrzehnten noch zunimmt, während die Zahl der Jüngeren bereits schrumpft, so dass die Netto-Abnahme der Bevölkerungszahl in den nächsten zwanzig Jahren noch relativ gering ist.

Danach ist jedoch mit einer zunehmenden Eigendynamik der Schrumpfung zu rechnen. Sie wird immer stärkere negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und dadurch indirekt auch Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit der Sozialausgaben beispielsweise durch Steuern haben.

Demographische Alterung durch Einwanderung nicht abzuwenden

Unter dem Begriff "demographische Alterung" wird der Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung verstanden, wobei als Maß für das Durchschnittsalter zum Beispiel das



■ Vorausgeschätzte Entwicklung der Gesamtbevölkerung Deutschlands nach Altersklassen

Heute (2000) entfallen auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 60 Jahren 43 zu Versorgende im Alter über 60 Jahren, im Jahr 2050 werden es mindestens 81, wahrscheinlich über 90 sein.

sogenannte Medianalter verwendet wird. In Deutschland beträgt es heute rund 40 Jahre: Jeder zweite Mann ist älter als 38, jede zweite Frau älter als 41 Jahre. Das Medianalter nimmt infolge der abnehmenden Größe der nachwachsenden Jahrgänge und durch die wachsende Lebenserwartung zu: Im Jahr 2050 wird jeder zweite Mann in Deutschland älter als 51, jede zweite Frau älter als 55 Jahre sein. Wird ein Einwanderungsüberschuss von zum Beispiel 170 Tausend jüngeren Menschen pro Jahr zugrundegelegt, dann erhöht sich der Anteil der über 60-jährigen von 22 auf 41 Prozent, ohne Wanderungen wären es 43 Prozent.

Durch Einwanderungen jüngerer lässt sich die demographische Alterung also nur abschwächen, nicht abwenden. Demographische Vorausberechnungen haben in der Regel relativ kleine Prognosefehler. Deshalb ist das folgende Szenario zu Recht beunruhigend: die Zahl der über 60-jährigen nimmt bis 2050 um 9,9 Millionen zu, gleichzeitig geht die Zahl der 20 bis unter 60-jährigen um 16,0 Millionen zurück. Heute (2000) entfallen auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 60 Jahren 43 zu Versorgende im Alter über 60 Jahren, im Jahr 2050 werden es mindestens 81, wahrscheinlich über 90 sein.

Konsequenzen für die gesetzliche Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung beruht in Deutschland zum weitaus überwiegenden Teil auf dem sogenannten Umlageverfahren: Die heutigen Beitragszahler bekommen ihre Rentenbeiträge nicht im Ruhestand als Rente wieder, sondern ihre Beitragszahlungen werden ohne zeitlichen Umweg sofort an die heutigen Rentner ausbezahlt. Wenn die heutigen Beitragszahler das Rentenalter erreicht haben, sind ihre früher eingezahlten Beiträge bereits ausgegeben. Ihre Renten müssen also aus den Beitragseinnahmen der dann im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung finanziert werden.

Die auf dem Umlageverfahren beruhende gesetzliche Rentenversicherung

Ist die Rente noch zu retten?

Ob die Folgen der demographischen Alterung für die Rentenversicherung abzuwenden sind, lässt sich in Simulationen berechnen. Drei Handlungsoptionen kommen in Betracht:

Handlungsoption I:
Beitragserhöhung oder Rentenniveausenkung

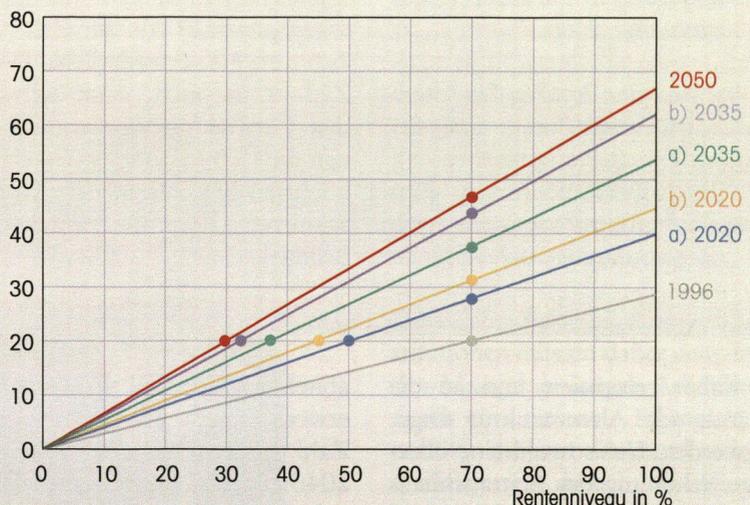
Soll der Beitragssatz gesenkt werden, muss das Rentenniveau verringert werden und umgekehrt.

Altersgruppe von 20-60 Jahren, also auch dann, wenn die Lebenserwartung konstant bliebe. Im 20. Jahrhundert hat sich die Lebenserwartung eines Neugeborenen jedoch um 75 Prozent erhöht, sie wächst immer noch um sechs bis acht Wochen pro Jahr.

Handlungsoption II:
Erhöhung des Ruhestandsalters

Soll weder das Rentenniveau gesenkt noch der Beitragssatz gesteigert werden, ist eine drastische Anhebung des Ruhestandsalters unumgänglich. Wird der Altenquotient für ein nach oben variables Ruhestandsalter berechnet, so lässt sich die Frage beantworten, wann das Ruhestandsalter um wie viel Jahre erhöht werden müsste, damit der variabel definierte Altenquotient konstant bleibt.

Beitragssatz der Rentenversicherung in %



Angenommene Zunahme der Lebenserwartung von 1996 bis 2050 und Altenquotient (AQ = Zahl der 60-jährigen auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 60 Jahren)

1996: Männer 73 Jahre, Frauen 79,7 Jahre; AQ = 37,5
a) 2020: keine Zunahme; AQ = 51,0 b) 2020: plus 3,7 Jahre; AQ = 58,4
a) 2035: keine Zunahme; AQ = 71,0 b) 2035: plus 5,3 Jahre; AQ = 81,8
2050: plus 6,7 Jahre; AQ = 87,9

■ Zusammenhang zwischen dem Beitragssatz der Rentenversicherung, dem Rentenniveau und der Zunahme der Lebenserwartung

Die Wahlmöglichkeiten sind als Punkte auf einer Geraden ablesbar, deren Steigung vom Altenquotienten (Zahl der 60-jährigen auf 100 Menschen im Alter von 20 bis 60 Jahren) bestimmt wird. Diese erhöht sich in Zukunft im selben Maße, wie der Altenquotient zunimmt. Der Altenquotient steigt allein schon wegen der schrumpfenden Zahl der Personen in der

gert werden, ist eine drastische Anhebung des Ruhestandsalters unumgänglich. Wird der Altenquotient für ein nach oben variables Ruhestandsalter berechnet, so lässt sich die Frage beantworten, wann das Ruhestandsalter um wie viel Jahre erhöht werden müsste, damit der variabel definierte Altenquotient konstant bleibt.

Das Ruhestandsalter von heute real rund 60 müsste bis zum Jahr 2018 kontinuierlich auf 65, bis zum Jahr 2036 auf 70 und schließlich bis zum Jahr 2074 auf 73 Jahre angehoben werden, andernfalls ist ein Anstieg des für den Beitragssatz entscheidenden Altenquotienten unvermeidlich.

Eine so starke Erhöhung des Ruhestandsalters ist nicht nur unpopulär, sie ist auch unrealistisch. Zum einen wäre nur eine Minderheit der älteren Bevölkerung gesundheitlich dazu in der Lage, zum anderen werden von der Wirtschaft vorwiegend jüngere Arbeitskräfte nachgefragt.

Handlungsoption III: Einwanderung und Erhöhung der Geburtenrate

Wollte man den Anstieg des Altenquotienten statt durch eine Erhöhung des Ruhestandsalters allein durch Einwanderungen Jüngerer verhindern, so wäre nach den Berechnungen der UN in

Deutschland bis zum Jahr 2050 eine Netto-Einwanderung von insgesamt 188 Millionen Menschen nötig. Die Zahl ist deshalb so hoch, weil die Zugewanderten den Altenquotienten lediglich vorübergehend verringern und nach dem Erreichen des Ruhestandsalters selbst zu seiner Erhöhung beitragen. Der Netto-Entlastungseffekt ist dadurch nur gering, zumal auch die Geburtenrate der Zugewanderten nicht ausreicht, um die Bevölkerungsstruktur nachhaltig zu verjüngen.

Ähnlich ernüchternd ist das Ergebnis des folgenden Gedankenexperiments: Wollte man den Anstieg des Altenquotienten allein durch eine Erhöhung der Geburtenrate verhindern, wäre eine Erhöhung der Zahl der Lebendgeborenen pro Frau von zur Zeit rund 1,3 auf 3,8 erforderlich. Dieses Ziel ist utopisch, denn selbst in den Entwicklungsländern, in denen die Geburtenrate weltweit am höchsten ist, entfallen im Durchschnitt pro Frau nur noch 3,0 Lebendgeborene.

muss daher reformiert und an die sich ändernde Altersstruktur angepasst werden. Um sowohl eine übermäßige Erhöhung des Beitragssatzes als auch eine untragbare Verringerung des Rentenniveaus zu vermeiden, muss eine zusätzliche, auf Eigenvorsorge durch private Ersparnis beruhende Altersvorsorge eingeführt werden, die von der demographischen Alterung wesentlich unabhängiger ist als das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung. Die umlagefinanzierte Rentenversicherung kann jedoch durch eine private Zusatzversicherung nicht ersetzt, sondern nur ergänzt werden.

Auswirkungen auf die gesetzliche Krankenversicherung

Die demographische Alterung erhöht die Ausgaben und senkt die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Einnahmen schrumpfen wegen der demographisch bedingt

abnehmenden Zahl der Personen im erwerbstätigen Alter, von der die Zahl der Beitragszahler abhängt, bis 2040 um rund 30 Prozent. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben aufgrund von zwei Faktoren zu. Zum einen erhöht sich die Zahl der älteren Personen, zum anderen steigen die Ausgaben auf Grund der mit höherem Alter zunehmenden Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit. Wie eigene Simulationsrechnungen ergeben, wachsen die Ausgaben dadurch bis 2040 um etwa 22 Prozent.

Auswirkungen auf die Pflegeversicherung

Die demographische Alterung hat ähnlich wie in der gesetzlichen Krankenversicherung auch in der gesetzlichen Pflegeversicherung einnahmen-senkende und ausgaben-erhöhende Auswirkungen. Auch hier steigen die Pro-Kopf-Ausgaben für Pflegeleistungen mit zunehmendem Alter steil an.

Schlussbetrachtungen

In entwickelten Gesellschaften mit niedriger Sterblichkeit wird das für die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems günstigste Verhältnis der Zahl der über 60-jährigen zur Zahl der 20- bis unter 60-jährigen genau dann erreicht, wenn die Geburtenrate im Durchschnitt rund 2,1 Lebendgeborene pro Frau beträgt. Dieses stringent beweisbare, ermutigende Ergebnis der Bevölkerungsmathematik bedeutet, dass das entscheidende Ziel einer an demographischen Strukturen orientierten Politik darin bestehen sollte, die lebenslange Kinderlosigkeit zu verringern.

Alles scheint von der Kultur abzuhängen, aber mit der Kultur hat es eine eigene Bewandnis. Wenn einer Kultur die Fähigkeit fehlt, in ihren Kindern weiter zu leben, woraus sollen dann Appelle für eine Änderung der kulturellen Werte ihre Kraft schöpfen? Bloße Appelle können nicht aus der Sackgasse der demographischen Schrumpfung und Alterung herausführen. Eine Änderung der Wertebasis zu fordern, scheint deshalb einen Widerspruch in sich zu bergen. Aber es gibt keine andere Quelle, aus der sich eine Kultur erneuern kann, als die Kraft dieser Kultur selbst.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Herwig Birg
Institut für Bevölkerungsforschung und
Sozialpolitik der Universität Bielefeld
Postfach 100131
33501 Bielefeld

Bild- und Quellennachweis:

Seite 4 oben: Mauritius/F. Paris
Seite 4 unten: Martina Kamphausen
Seite 5: Birg/Flöthmann, Institut
für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik
(IBS), Universität Bielefeld
Seite 6 oben, Novartis Archiv/Christian Josef
Seite 6 unten, Seite 7: Birg/Flöthmann,
Demographische Berechnungen für die
Rentenreform 2000,
Universität Bielefeld, 1999

